



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

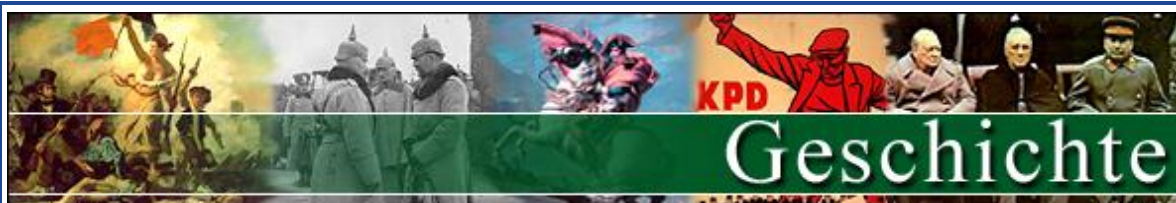
Auszug aus:

*Klausuren zum Deutschen Kaiserreich im preisgünstigen
Paket*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Titel:

Klausur zur Quellenanalyse mit Aufgaben, Musterlösung und Erwartungshorizont Bismarcks „Eisen-und-Blut“-Rede vor dem preußischen Abgeordnetenhaus (September 1862)

Bestellnummer:

40237

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt die berühmte „Eisen-und-Blut“-Rede des preußischen Ministerpräsidenten Bismarck.
- Keine anderen Worte haben die Nachwelt hinsichtlich der Person des ersten deutschen Reichskanzlers so nachhaltig beeinflusst, wie seine vor dem Abgeordnetenhaus geäußerte Beziehung zwischen Politik auf der einen sowie „Eisen und Blut“ auf der anderen Seite. Nicht zuletzt aufgrund dieser Rede wird Bismarck später von Freunden und Feinden, Bewunderern und Kritikern nicht ohne gewissen Respekt auch „der eiserne Kanzler“ genannt werden.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- Auszug aus der Rede Bismarcks
- Theoretische Grundlagen der Bearbeitung (Quellenkritik und historischer Kontext)
- Praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur

Auszug aus Otto von Bismarcks „Eisen und Blut“ – Rede vom 30. September 1862.

Während der Debatte über das Bewilligungsrecht und den Artikel 99 der preußischen Verfassung¹ antwortete Ministerpräsident Bismarck auf die Ausführungen des Vertreters der Fortschrittspartei, Max von Forckenbeck², wie folgt:

[...] Er wolle gern auf den Etat für 1862 eingehen, ohne jedoch eine präjudizierende³ Erklärung abzugeben. Ein Mißbrauch von Verfassungsrechten könne von allen Seiten getrieben werden; das führe dann zur Gegenwirkung von der anderen Seite. Die Krone z. B. könne zwölfmal hintereinander auflösen, das sei gewiß nach dem Buchstaben der Verfassung erlaubt, würde aber doch Mißbrauch sein. Ebenso könne sie Streichungen des Budgets zurückweisen, ohne Maß; da sei die Grenze schwer zu ziehen; sei sie schon bei 6 Millionen? bei 16? oder bei 60? – Es gebe Mitglieder des Nationalvereins, eines wegen der Gerechtigkeit seiner Forderungen zu Ansehen gelangten Vereins – hochachtbare Mitglieder, die alle stehenden Heere für überflüssig erklärten. Ja, wenn nun eine Volksvertretung diese Ansicht hätte! Müsse nicht eine Regierung das zurückweisen?! – Von der „Nüchternheit“ des preußischen Volkes sei die Rede gewesen. Ja, die große Selbständigkeit des einzelnen mache es schwierig in Preußen, mit der Verfassung zu regieren (oder die Verfassung zu konsolidieren?); in Frankreich sei das anders, da fehle diese individuelle Selbständigkeit. Eine Verfassungskrisis sei keine Schande, sondern eine Ehre. – Wir sind ferner vielleicht zu „gebildet“, um eine Verfassung zu tragen; wir sind zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln, Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein; im Lande gibt es eine Menge katilinarischer Existenzen⁴, die ein großes Interesse an Umwälzungen haben. Das mag paradox klingen, beweist aber doch alles, wie schwer in Preußen verfassungsmäßiges Leben ist. – Man ist ferner zu empfindlich gegen Fehler der Regierung; als wenn es genug wäre, zu sagen, der und der Minister hat Fehler gemacht, als wenn man nicht selbst mitlitte? – Die öffentliche Meinung wechsele, die Presse sei nicht die öffentliche Meinung; man wisse, wie die Presse entstände; die Abgeordneten hätten die höhere Aufgabe, die Stimmung zu leiten, über ihr zu stehen. Wir haben zu heißes Blut, wir haben die Vorliebe, eine zu große Rüstung für unsern schmalen Leib zu tragen; nur sollen wir sie auch nutzen⁵. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgieren⁶, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und

¹ Wortlaut des Artikels: „Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden“, (*Quelle*: Preußische Gesetz-Sammlung 1848, S. 375., Verfassungsurkunde für den preußischen Staat (05.12.1848), in: documentArchiv.de [Hrsg.], URL: <http://www.documentArchiv.de/nzjh/verfpr1848.html>, Stand: 06.04.2010.)

² Maximilian (Max) Franz August von Forckenbeck (1821-1892) war Mitbegründer der Fortschrittspartei (1861) und der Nationalliberalen Partei (1867), von 1866 bis 1873 Präsident des Abgeordnetenhauses und von 1874 bis 1879 Reichstagspräsident. Darüber hinaus war er von 1878 bis 1892 Oberbürgermeister der Stadt Berlin.

³ Adjektiv; juristische Bedeutung: nachteilig, schädlich.

⁴ Bezugnahme auf den antiken röm. Politiker Lucius Sergius Catilina (†62 v. Chr.), der durch die von ihm initiierte *Catilinische Verschwörung* gegen die Römische Republik traurige Berühmtheit erlangte.

⁵ hier gleichbedeutend mit: aus der Not eine Tugend (bzw. das Beste) machen.

⁶ nachgeben

WICHTIG:

In diesem Material werden lediglich die Aspekte der Analyse und Interpretation betrachtet, die für die vorliegende Quelle relevant sind. Zur Klärung weiterer, auch allgemeinerer Fragen in Bezug auf den Aufbau, die Durchführung und die Auswertung wird dringend das Heranziehen der „Anleitung zur Durchführung einer Analyse historischer Quellen“ (School-Scout-Materialnummer: 32566) empfohlen.

Voranalyse

Die sicherlich zu seinen berühmtesten zählende Rede von „Eisen und Blut“ hielt der damalige preußische Ministerpräsident und spätere Kanzler des deutschen Reiches, Otto von Bismarck-Schönhausen, am 30. September 1862 vor der preußischen Haushaltskommission in Berlin. Es handelt sich dabei um eine Primärquelle, also ein unmittelbares Zeitdokument des 19. Jahrhunderts, bei dem lediglich die Rechtschreibung und die Zeichensetzung an die zur Zeit der nachmaligen Drucklegung geltenden Regeln angepasst wurden. Davon abgesehen liegt sie zur Bearbeitung im Auszug und in deutscher Originalsprache vor.

Ihr Urheber und der Vortragende in einer Person ist Otto von Bismarck. Geboren im zweiten Jahr des *Wiener Kongresses* (1815) an der Elbe war der Sohn einer alteingesessenen Junkerfamilie zeitlebens Anhänger einer konservativen Politik, deren Richtlinien er von 1862 bis 1890 maßgeblich mitbestimmte. Zum ersten Mal während der bürgerlichen Revolution von 1848/49 in Preußen in Erscheinung getreten, folgten einige ruhigere Jahre, bis Bismarck ab 1857 eine Gesandtschaft in Paris und ab 1862 eine in St. Petersburg übernehmen durfte. Erst eine erneute schwere Regierungskrise führte zu Bismarcks Berufung in das Amt des Ministerpräsidenten. Nachdem einer seit Jahren notwendigen Heeresreform seitens der Abgeordneten die finanziellen Mittel verweigert worden waren, erwog König *Wilhelm I. von Preußen*, zurückzutreten und das Zepter an seinen Sohn Friedrich (den späteren Kaiser *Friedrich III.*) zu übergeben. Nur der Hartnäckigkeit des Generals und späteren Kriegsministers *Albrecht von Roon* war es zu verdanken, dass der König seine Meinung änderte und zur Stabilisierung der politischen Lage den als brillanten Taktiker und ergebenen Diener der preußischen Monarchie bekannten Bismarck in das oberste Staatsamt berief (September 1862, gleichzeitige Ernennung zum Außenminister). Die vor dem neuen Regierungschef stehende Herausforderung bestand dabei nicht nur in schwer durchführbaren Reformen. In Folge zunehmender Stärke der Opposition (vor Allem in Gestalt der so genannten „Fortschrittspartei“) sollte es der konservative Meinungsführer vielmehr mit einem politischen Dauerkonflikt zu tun bekommen.

Als Ort und Zeit sind Berlin und der 30. September 1862 zu nennen. Wichtiger als die geographische Lage ist jedoch die Stätte, an der der Ministerpräsident seine Rede hielt. Denn die Abgeordneten der zweiten Kammer des preußischen Landtages (das sog. *Abgeordnetenhaus*) waren sein ausschlaggebender Gegenpol im andauernden Verfassungskonflikt. Diese Ausgangssituation ist weitaus höher zu gewichten, da Bismarck vor dem Haus hätte sprechen müssen, selbst wenn es an anderer Stelle getagt hätte.



Titel:

**Klausur mit Erwartungshorizont
Bismarck zwischen Einheit und Freiheit**

Bestellnummer:

51277

Kurzvorstellung:

- Diese Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt die Reichsgründung unter Bismarck im Zusammenhang der Frage nach Einheit und Freiheit. Es liefert eine Karikatur zur Innenpolitik Bismarcks und ein Gemälde zur Reichsgründung
- Musterlösung und Erwartungshorizont geben eine Übersicht über die wichtigsten Lösungsansätze und erleichtern die Notengebung für den Lehrer.
- Die Klausur ist für die Jahrgangsstufe 12 konzipiert. Die enthaltenen Quellen können aber auch separat eingesetzt werden. Die ausführlichen Lösungshinweise sind dabei eine gute Hilfe.

Inhaltsübersicht:

1. Aufgabenstellungen
2. Material (Karikatur: Moderne Schädelstudie; Gemälde: Bismarck-Apotheose)
3. Musterlösung mit Erwartungshorizont
4. Tabellarischer Erwartungshorizont mit Bewertungen

SCHOOL-SCOUT.DE



Internet: <http://www.School-Scout.de>

E-Mail: info@School-Scout.de

1. AUFGABENSTELLUNG:

Analysieren, interpretieren und vergleichen Sie die Karikatur und das Gemälde (Material 2.1 und Material 2.2)! Die Karikatur trägt den Titel „Moderne Schädelstudie“, das Gemälde heißt „Bismarck-Apotheose“.

2. MATERIAL

Material 2.1



Moderne Schädelstudie. Der Vater der ersten Umsturzvorlage

1879 gezeichnet von Robert Holoch, erschienen in der sozialistischen Zeitschrift „Der wahre Jakob“

Material 2.2



Bismarck-Apotheose

Bismarck wird im Gefolge der Göttinnen Victoria und Germania sowie der Muse Klio vom deutschen Volk bejubelt. In dem offenen Buch, das Klio in den Händen hält, steht „1871“.

1890 gemalt von Ludwig Rudow anlässlich der Entlassung Bismarcks

**Titel:**

**Klausur zur Quellenanalyse mit Aufgaben, Musterlösung
und Erwartungshorizont**

**Der „Kaiserbrief“ Ludwigs II. von Bayern an
Wilhelm I. von Preußen (November 1870)**

Bestellnummer:

41819

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt den „Kaiserbrief“ des bayrischen Königs Ludwig II. an Wilhelm I. von Preußen.
- Die Gründung des Deutschen Reiches durch den preußischen Ministerpräsidenten und späteren ersten deutschen Reichskanzler *Otto von Bismarck* wird gemeinhin der Zuhilfenahme von „Eisen und Blut“ zugeschrieben. Oft vergessen bleibt die Tatsache, dass Bismarck sein Ziel auch durch den Einsatz von „Tinte und Papier“ erreichte, wie der Inhalt und die Begleitumstände des vorliegenden Materials nachweisen.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- Auszug aus dem Inhalt des Briefes von Ludwig II.
- Theoretische Grundlagen der Bearbeitung
- Praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur

Auszug aus dem Brief König Ludwigs II. von Bayern an seinen Vetter, König Wilhelm I. von Preußen, geschrieben am 27., unterzeichnet am 30. November und am Wilhelm übergeben am 3. Dezember 1870.

Durchlauchtigster Großmächtigster Fürst! Freundlichlieber Bruder und Vetter!

Nach dem Beitritt Süddeutschlands¹ zum deutschen Verfassungsbündniß werden die Ew². Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch dem Gesamt-Interesse des deutschen Vaterlandes u. seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium³ nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Eurer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, werde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten. Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und Freundschaft verbleibe ich

Eurer Königlichen Majestät freundwilliger Vetter Bruder und Neffe⁴

Ludwig

¹Gemeint sind Gebiete südlich der Rhein-Main-Linie, u. a. die Königreiche Bayern und Württemberg sowie die Großherzogtümer Baden und Hessen.

²Abkürzung für: „Eure“. Diese Anrede wurde bis 1918 verwendet und hat ihren Ursprung im mittelhochdeutschen Wort *Ewer* (also: euer).

³Das sogenannte „Bundespräsidium“, d.h. der Vorsitz des Norddeutschen Bundes, oblag laut der Bundesverfassung vom 1. Juli 1867 dem König von Preußen.

⁴ Ludwigs Mutter, Marie Friederike, war eine geborene Prinzessin von Preußen. Ihr Vater war Prinz Wilhelm, seinerseits der vierte Sohn von König Friedrich Wilhelm II. von Preußen (1744-1797). Somit waren Beide tatsächlich Vettern zweiten Grades. Diese Bezeichnung galt zudem, wie das darauffolgende „Bruder“, unter allen europäischen Monarchen als Anerkennung der Gleichrangigkeit untereinander. Da die heutige Bezeichnung (Groß)Cousin Onkeln und Tanten über den 2. Grad hinaus miteinbezog bzw. den entsprechenden Vettern gleichstellte, konnte sich Ludwig zudem als Neffe Wilhelms bezeichnen. Es mag sein, dass dieses letzte Wort vor allem auf den Altersunterschied der Beiden hinweisen und somit Wilhelms vermeintlichen Vorrang vor Ludwig unterstreichen sollte [Anm. d. Verf.].

WICHTIG:

In diesem Material werden lediglich die Aspekte der Analyse und Interpretation betrachtet, die für die vorliegende Quelle relevant sind. Zur Klärung weiterer, auch allgemeinerer Fragen in Bezug auf den Aufbau, die Durchführung und die Auswertung wird dringend das Heranziehen der „Anleitung zur Durchführung einer Analyse historischer Quellen“ (School-Scout-Materialnummer: 32566) empfohlen!

Voranalyse

Der vorliegende Brief gilt heute – neben der *Emser Depesche* – sicherlich als eine der großen literarischen Meisterleistungen des preußischen Ministerpräsidenten und späteren ersten deutschen Reichskanzlers *Otto von Bismarck* (1815-1898). Und das, obwohl er nachweislich vom bayrischen König geschrieben und unterzeichnet worden ist. Es handelt sich dabei um eine Primärquelle, also ein unmittelbares Zeitdokument des 19. Jahrhunderts, bei dem lediglich die Rechtschreibung und die Zeichensetzung an die zur Zeit der nachmaligen Drucklegung geltenden Regeln angepasst wurden. Davon abgesehen liegt es zur Bearbeitung im Auszug und in deutscher Originalsprache vor.

Sein Urheber war der bereits erwähnte Otto von Bismarck, der den gesamten Inhalt zunächst konzipierte und dann dem Bayernkönig zur Abschrift vorlegen ließ. Auch die sonstige Rolle Bismarcks (seit 1862 im Amt) bei der Einigung der einzelnen deutschen Staaten kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ganz im Sinne seiner so genannten „Realpolitik“ nutzte der später zum Fürsten ernannte Politiker jede sich bietende Gelegenheit, um – wie er stets meinte – das Wohl des Königreiches Preußen und des Hauses Hohenzollern zu mehren.

Im Gegensatz dazu verfolgte der bayrische König *Ludwig II.* aus dem Hause der Wittelsbacher nachweislich zumeist seine eigenen Ambitionen auf Kosten des Staates. Nachdem er 1864 mit nur 19 Jahren den Thron bestieg, galt sein Interesse zunehmend der Kunst, besonders in Form der Musik *Richard Wagners* (1813-1883) und der Architektur (der Planung und Errichtung märchenhafter Schlösser, was ihm den Beinamen „Märchenkönig“ einbrachte). Weshalb der Monarch dennoch zu einer scheinbar selbstlosen Geste zum Wohle des deutschen Vaterlandes fähig war, muss im Rahmen dieser Analyse und Interpretation im weiteren Verlauf herausgearbeitet werden.

Bei der Einordnung in den so genannten „historischen Kontext“ ist es enorm wichtig, die wichtigen Ereignisse von weniger wichtigen zu trennen und sie dann geordnet anzuführen. Für die vorliegende Quelle wären dies zumindest die folgenden:

- 1848/49: Ausbruch und Scheitern der bürgerlichen Revolution im deutschsprachigen Raum. Mit der Wiederherstellung der Ordnung durch preußische und österreichische Truppen endet der Versuch der Gründung eines deutschen Gesamtstaates „von unten“.
- Ab 1862: Nach seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten forciert Otto von Bismarck die preußische Heeresreform zur Stärkung der Streitkräfte. Das langfristige Ziel ist hierbei die Schaffung einer preußischen Hegemonie in Deutschland und – wenn möglich – die Gründung eines deutschen Reiches unter preußischer Führung und dem Ausschluss Österreichs (*Kleindeutsche Lösung* vs. *Großdeutsche Lösung*).



Titel:

Klausur:

Enzyklika „*Rerum novarum*“ von Papst Leo XIII., 1891

Bestellnummer:

41810

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt die Enzyklika „*Rerum novarum*“ von Papst Leo XIII. als Teilproblematik des Kulturkampfes im Deutschen Kaiserreich von 1871.
- Die immer deutlicher zu Tage tretenden Unterschiede zwischen den besitzenden und den besitzlosen Bevölkerungsschichten führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts international zu wachsenden Spannungen innerhalb der Gesellschaft. Dessen eingedenk richtete sich der Stellvertreter Christi, Papst *Leo XIII.* mit dem oben genannten Schreiben an die Christen in aller Welt in der Absicht, ihnen eine Lösung der so genannten „*Sozialen Frage*“ anzubieten. Im Zuge seiner Erörterungen geht er auf verschiedene Bereiche des Alltagslebens eines Christen ein.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- Der Inhalt der Enzyklika in mehreren Auszügen
- Theoretische Grundlagen der Bearbeitung zusammen mit der
- praktischen Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation



Internet: <http://www.School-Scout.de>

E-Mail: info@School-Scout.de

Auszüge aus der sogenannten „Sozialenzyklika“ *Rerum novarum* von Papst Leo XIII., 1891.

Seine Heiligkeit Papst Leo XIII.

An die Ehrwürdigen Brüder, die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und die sonstigen Ortsordinarien, die in Frieden und Gemeinschaft mit dem Apostolischen Stuhle stehen

Über die Arbeiterfrage

Ehrwürdige Brüder, Gruß und Apostolischen Segen!

1. Der Geist der Neuerung, welcher seit langem durch die Völker geht, mußte, nachdem er auf dem politischen Gebiete seine verderblichen Wirkungen entfaltet hatte, folgerichtig auch das volkswirtschaftliche Gebiet ergreifen. Viele Umstände begünstigten diese Entwicklung; die Industrie hat durch die Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel und eine neue Produktionsweise mächtigen Aufschwung genommen; das gegenseitige Verhältnis der besitzenden Klasse und der Arbeiter hat sich wesentlich umgestaltet; das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die große Menge verarmt; es wächst in den Arbeitern das Selbstbewußtsein, ihre Organisation erstarkt; dazu gesellt sich der Niedergang der Sitten. Dieses alles hat den sozialen Konflikt wachgerufen, vor welchem wir stehen. Wieviel in diesem Kampfe auf dem Spiele steht, das zeigt die bange Erwartung der Gemüter gegenüber der Zukunft. Überall beschäftigt man sich mit dieser Frage, in den Kreisen von Gelehrten, auf fachmännischen Kongressen, in Volksversammlungen, in den gesetzgebenden Körperschaften und im Rate der Fürsten. Die Arbeiterfrage ist geradezu in den Vordergrund der ganzen Zeitbewegung getreten. Im Hinblick auf die Sache der Kirche und die gemeinsame Wohlfahrt haben Wir schon früher, Ehrwürdige Brüder, das Wort ergriffen, um in den Rundschreiben "Über die politische Autorität", "Über die Freiheit", "Über den christlichen Staat" und über andere verwandte Gegenstände die betreffenden Irrtümer der Gegenwart zu kennzeichnen und zurückzuweisen. Wir erachten es aus gleichem Grunde für zweckmäßig, das nämliche im vorliegenden Schreiben hinsichtlich der Arbeiterfrage zu tun. Zwar ist dieser Gegenstand von Uns auch in andern Schreiben berührt worden; aber nunmehr gedenken Wir, über denselben nach seinem ganzen Umfange Unserem Apostolischen Amt gemäß uns auszusprechen. Wir wollen die Grundsätze darlegen, welche für eine richtige und billige Entscheidung der Frage maßgebend sein müssen.

Die ganze Frage ist ohne Zweifel schwierig und voller Gefahren; schwierig, weil Recht und Pflicht im gegenseitigen Verhältnis von Reichen und Besitzlosen, von denen, welche die Arbeitsmittel, und denen, welche die Arbeit liefern, abzumessen in der Tat keine geringe Aufgabe ist; und voller Gefahren, weil eine wühlerische Partei nur allzu geschickt das Urteil irreführt und Aufregung und Empörungsgestalt unter den unzufriedenen Massen verbreitet.

[...]

3. Zur Hebung dieses Übels verbreiten die Sozialisten, indem sie die Besitzlosen gegen die Reichen aufstacheln, die Behauptung, der private Besitz müsse aufhören, um einer Gemeinschaft der Güter Platz zu machen, welche mittels der Vertreter der städtischen Gemeinwesen oder durch die Regierungen selbst einzuführen wäre. Sie wähen, durch eine solche Übertragung alles Besitzes von den Individuen an die Gesamtheit die Mißstände heben

zu können, es müßten nur einmal das Vermögen und dessen Vorteile gleichmäßig unter den Staatsangehörigen verteilt sein.

Indessen dieses Programm ist weit entfernt, etwas zur Lösung der Frage beizutragen; es schädigt vielmehr die arbeitenden Klassen selbst; es ist ferner sehr ungerecht, indem es die rechtmäßigen Besitzer vergewaltigt, es ist endlich der staatlichen Aufgabe zuwider, ja führt die Staaten in völlige Auflösung.

[...]

7. Daß aber Gott der Herr die Erde dem ganzen Menschengeschlecht zum Gebrauch und zur Nutznießung übergeben hat, dies steht durchaus nicht dem Sonderbesitz entgegen. Denn Gott hat die Erde nicht in dem Sinne der Gesamtheit überlassen, als sollten alle ohne Unterschied Herren über dieselbe sein, sondern insofern, als er selbst keinem Menschen einen besonderen Teil derselben zum Besitze angewiesen, vielmehr dem Fleiße der Menschen und den von den Völkern zu treffenden Einrichtungen die Ordnung der Eigentumsverhältnisse unter ihnen anheimgegeben hat. Übrigens wie immer unter die einzelnen verteilt, hört der Erdboden nicht auf, der Gesamtheit zu dienen, denn es gibt keinen Menschen, der nicht von dessen Ertragnis lebt. Wer ohne Besitz ist, bei dem muß die Arbeit dafür eintreten, und man kann sagen, die Beschaffung aller Lebensbedürfnisse geschehe durch Arbeit, entweder durch die Bearbeitung des eigenen Bodens oder durch Arbeit in irgendeinem andern Erwerbszweig, dessen Lohn zuletzt nur von der Frucht der Erde kommt und mit der Frucht der Erde vertauscht wird.

Es ergibt sich hieraus wieder, daß privater Besitz vollkommen eine Forderung der Natur ist. Die Erde spendet zwar in großer Fülle das, was zur Erhaltung und zumal zur Vervollkommnung des irdischen Daseins nötig ist; aber sie kann es nicht aus sich spenden, d.h. nicht ohne Bearbeitung und Pflege durch den Menschen. Indem der Mensch an die Gewinnung der Güter der Natur körperlichen Fleiß und geistige Sorge setzt, macht er sich eben dadurch den bearbeiteten Teil zu eigen; es wird dem letzteren sozusagen der Stempel des Bearbeiters aufgedrückt. Also entspricht es durchaus der Gerechtigkeit, daß dieser Teil sein eigen sei und sein Recht darauf unverletzlich bleibe.

[...]

Das Heil ist ja insbesondere von der vollen Betätigung der Liebe zu erwarten, jener christlichen Liebe, die der kurzgefaßte Inbegriff der evangelischen Gebote ist, die, immer bereit, sich selbst für des Nächsten Heil zu opfern, das heilkräftigste Gegengift gegen den Hochmut und Egoismus der Welt darstellt, und deren göttliches Bild und Walten der Apostel Paulus mit den Worten gezeichnet hat: "Die Liebe ist geduldig, sie ist gütig; sie sucht nicht das Ihrige, sie duldet alles, sie trägt alles".

Als Unterpfand des göttlichen Segens und Erweis Unseres Wohlwollens spenden Wir Euch, Ehrwürdige Brüder, Eurem Klerus und Volke in Liebe den Apostolischen Segen im Herrn.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 15. Mai 1891, im vierzehnten Jahre Unseres Pontifikates.



Titel:

Klausur zur Quellenanalyse mit Aufgaben, Musterlösung und Erwartungshorizont

Die „Hunnenrede“ Kaiser Wilhelms II., 27. Juli 1900

Bestellnummer:

41806

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt den Aufstand der schlesischen Weber von 1844 als Teilproblematik des Imperialismus.
- Kaum eine Rede des letzten deutschen Kaisers prägte so nachhaltig das Bild der Deutschen im Ausland, wie die berühmt-berüchtigte „Hunnenrede“. Bis zur Niederlage im Ersten Weltkrieg galten seine Untertanen, allen voran die bewaffneten Streitkräfte, als barbarische Hunnen (vergl. engl.: *the Huns*), die nur darauf aus waren, in großen Eroberungszügen das Wohl des eigenen Reiches auf Kosten anderer zu mehren.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- TEIL 1
- Der Inhalt der Rede inklusive des nichtoffiziellen Hauptteils
- Ausführliche theoretische Grundlagen der Bearbeitung (Quellenkritik und historischer Kontext)
- TEIL 2
- Aufgabenblatt mit Quellentext und Klausuraufgaben
- Musterlösung zur praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Erwartungshorizont zur erleichterten Bewertung

Quelle: Kaiser Wilhelm II: "Hunnenrede", Bremerhaven, 27. Juli 1900

Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer.

In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden nach den Grundsätzen Meines verewigten Großvaters. Auch ihr habt eure Ausbildung nach diesen Grundsätzen erhalten und sollt nun vor dem Feinde die Probe ablegen, ob sie sich bei euch bewährt haben. Eure Kameraden von der Marine haben diese Probe bereits bestanden, sie haben euch gezeigt, daß die Grundsätze unserer Ausbildung gute sind, und Ich bin stolz auf das Lob auch aus Munde auswärtiger Führer, das eure Kameraden draußen sich erworben haben. An euch ist es, es ihnen gleich zu tun.

Eine große Aufgabe harret eurer: ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freundlichen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel.

Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht. Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!"

Die inoffizielle, aber korrekte Version der entscheidenden Textpassage lautete wie folgt:

"Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals wieder ein Chinese wagt, einen Deutschen scheel anzusehen!"

Zitiert nach: Die Reden Kaiser Wilhelms II., Hg. von Johannes Penzler, Bd. 2: 1896-1900, Leipzig o.J., S. 209-212. Abdruck der inoffiziellen Version in: Manfred Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Opladen 1996 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 274), S. 357.

WICHTIG:

In diesem Material werden lediglich die Aspekte der Analyse und Interpretation betrachtet, die für die vorliegende Quelle relevant sind. Zur Klärung weiterer, auch allgemeinerer Fragen in Bezug auf den Aufbau, die Durchführung und die Auswertung wird dringend das Heranziehen der „Anleitung zur Durchführung einer Analyse historischer Quellen“ (School-Scout-Materialnummer: 32566) empfohlen.

Voranalyse

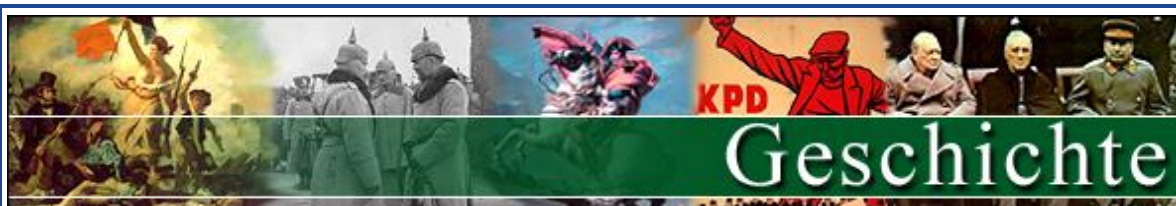
Die zu bearbeitende Rede wurde in mehreren Fassungen ausgearbeitet und erschien in der vorliegenden Zusammenstellung im Reichsanzeiger in Berlin. Der angehängte inoffizielle Auszug erschien in dieser oder ähnlicher Form am darauffolgenden Tage (28.07.1900) in vielen deutschen Tageszeitungen.

Obwohl es, wie eben erklärt, verschiedene Überarbeitungen der Quelle gibt, gilt sie selbst ab Veröffentlichung als unmittelbar zeitbezogenes Dokument und somit als Primärquelle, insofern der Abdruck dem gesprochenen Wort des Kaisers entspricht.

Auch wenn Wilhelm nicht zur Gänze als Urheber dieser Worte gelten muss, so bleibt er dennoch der Redner und stellt somit die Identifikationsfigur für den verlesenen Inhalt dar. Seit 1888 in Amt und Würden (Deutscher Kaiser, König von Preußen), galt er schnell als Begründer eines „neuen Kurses“, später, nach der Entlassung *Otto von Bismarcks* (1890) gar als Namensgeber einer ganzen Epoche (*Wilhelminische Ära*). Ganz im Gegensatz zu seinem in die Jahre gekommenen Reichskanzler Bismarck verfolgte Wilhelm dabei die Idee von einer herausragenden Rolle Deutschlands, die auch in der eigenen Außendarstellung verwirklicht werden sollte. Dabei kümmerte er sich scheinbar nur am Rande um das von Bismarck mühsam aufgebaute Bündnissystem, das dem strategisch ungünstig gelegenen, sozusagen „von Feinden umgebenen“, Reich auf Jahre hin hätte Frieden garantieren sollen. Seiner Überzeugung nach würde ein militärisch bedeutsames Deutschland alle tatsächlichen und potentiellen Gegner auch so in Schach halten können.

Bei der Einordnung in des so genannten „historischen Kontexts“ ist es enorm wichtig, die wichtigen Ereignisse von den weniger wichtigen zu trennen und diese dann geordnet anzuführen. Für die vorliegende Quelle wären dies zumindest die folgenden:

- 1871: Gründung des deutschen Reiches nach gewonnenen Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Somit Entstehung eines neuen Machtgebildes in Mitteleuropa.
- 1878: *Berliner Kongress*. Deutschland vermittelt als „ehrlicher Makler“ in der Balkankrise. Die Anerkennung durch alle europäischen Großmächte verdeutlicht die Stellung des Reiches, das seiner eigenen – bzw. Bismarcks – Aussage nach keine territorialen Interessen in Europa oder der Welt verfolge. Es entstehen Bündnisse mit Österreich-Ungarn (1879) und Russland (1881).
- 1888: *Dreikaiserjahr*. Nach dem Tode *Wilhelms I.* und der nur 99-tägigen Herrschaft seines Sohnes, *Friedrich III.*, besteigt der erst 29-jährige Wilhelm den preußischen Königs- und den deutschen Kaiserthron.



Titel: Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont
Brief des Präsidenten des Deutschen Flottenvereins
an Vizeadmiral Alfred von Tirpitz, 1901

Bestellnummer: 32907

Kurzvorstellung:

- Diese Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt einen Brief des Präsidenten des Deutschen Flottenvereins an Vizeadmiral Alfred von Tirpitz aus dem Jahre 1901. Der Präsident des Flottenvereins, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, berichtet dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes sein Vorhaben, den Bau neuer Kriegsschiffe voranzutreiben. Als Anlass nennt er die schlechte Konjunktur und die hohe Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich.
- Musterlösung und Erwartungshorizont geben eine Übersicht über die wichtigsten Lösungsansätze und erleichtern die Notengebung für den Lehrer.
- Die Klausur ist für die Jahrgangsstufe 12 konzipiert. Die enthaltenen Quellen können aber auch separat eingesetzt werden. Die ausführlichen Lösungshinweise sind dabei eine gute Hilfe.

Inhaltsübersicht:

- Der Text des Briefes von Fürst zu Salm-Horstmar an Vizeadmiral von Tirpitz
- Aufgabenstellung
- Theoretische Grundlagen zusammen mit Ratschlägen zur praktischen Umsetzung bei der Bearbeitung der Aufgaben

1. Aufgabenstellung:

1. Ordnen Sie die vorliegende Quelle in den Zeit- und Problemkontext ein.
2. Bestimmen sie den Vorabquellenwert.
3. Gliedern Sie den Inhalt der Quelle und erläutern sie diesen.
4. Arbeiten sie möglichst differenziert das Ergebnisquellenwert-Potential heraus.
Nehmen sie dabei auch Bezug auf den Zeit- und Problemkontext

2. MATERIAL

*Brief des Präsidenten des Deutschen Flottenvereins, Fürst Otto zu Salm-Horstmar, an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes, von Tirpitz*¹

Schloss Varlar, den 3. Dezember 1901

Ew. Exzellenz glaube ich im folgenden eine erfreuliche Mitteilung machen zu können:

- 5 Von Herren verschiedener Parteirichtungen bin ich gebeten worden, eine Bewegung einzuleiten, welche dahin geht, den Reichstag zu veranlassen, an die Regierung die Bitte zu richten, angesichts der schlechten Konjunktur u. der ungünstigen Geschäftslage von Handel und Industrie u. der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit vieler Tausender von Arbeitern den auf einen längeren Zeitraum verteilten Bau von Kriegsschiffen in möglichst beschleunigtem Tempo herbeizuführen.
- 10 Dadurch, daß der Bau der durch die letzte Marine-Vorlage bewilligten Schiffe so beschleunigt würde, wie es die deutschen Werften überhaupt leisten können, würden viele Industriezweige neue Aufträge erhalten, wodurch nicht nur diese über Wasser gehalten, sondern auch in den Stand gesetzt würden, ihre Arbeiter zu beschäftigen u. bereits entlassene wieder einzustellen. Einer der wichtigsten Faktoren, die hier zur Sprache kommen, wäre aber der, daß durch den Auftrag neuer Kriegsschiffe u. die dadurch herbeigeführte Belebung
- 15 von Handel u. Industrie die betreffenden Börsenkurse steigen, viele Werte gerettet u. eine Konsolidierung des Marktes eintreten würde.

- Man hat daher geglaubt, eine diesb. Anregung von neutralem Gebiet ausgehen lassen zu sollen u. hat daher den Deutschen Flottenverein, in dem alle Parteien vertreten sind, für den geeignetsten Boden gehalten, auf dem sich die Parteien in dieser Frage vereinigen können, um den Reichstag zu einer bez. Petition an die
- 20 Regierung zu veranlassen. Wenn ich ja auch fest überzeugt bin, daß der Regierung ein diesbez. Beschluss des Reichstages in höchstem Maße erwünscht sein wird, so möchte ich es doch nicht unterlassen, Ew. Exzellenz hierüber zu verständigen und die Bitte auszusprechen, dem Herrn Reichskanzler von diesem Schreiben Kenntnis zu geben, damit ich erfahre, wie sich die Reichsregierung zu einem Vorgehen meinerseits in der bezeichneten Richtung stellen würde. Bejahendenfalls wollte ich gleich nach Weihnachten
- 25 versuchen, diese Sache in Fluss zu bringen und durch die Organe des DFV. agitieren zu lassen.

Wenn es der Herr Reichskanzler wünscht, bin ich zu einer vorherigen Besprechung gerne bereit und zeichne mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung als

Ew. Exzellenz sehr ergebener Otto Fürst zu Salm

¹ http://www.lsg.musin.de/geschichte/Material/Quellen/otto_salm_Flotte.htm (zuletzt aufgerufen am 25.07.2012).



Titel: Klausur zur Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont

„Daily-Telegraph-Interview“ Kaiser Wilhelms II.
(28.10.1908)

Bestellnummer: 41816

Kurzvorstellung:

- Diese Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt das Interview Kaiser Wilhelms II. mit dem Obersten Stewart Wortley, das kurz danach in der sog. Daily-Telegraph-Affäre bekannt wurde. Musterlösung und Erwartungshorizont geben eine Übersicht über die wichtigsten Lösungsansätze und erleichtern die Notengebung für den Lehrer.
- Die Klausur ist für die Oberstufe konzipiert. Die enthaltenen Quellen können aber auch separat eingesetzt werden. Die ausführlichen Lösungshinweise sind dabei eine gute Hilfe.

Inhaltsübersicht:

- Das Interview Wilhelms II. aus dem Daily Telegraph
- Aufgabenstellung
- Theoretische Grundlagen zusammen mit Ratschlägen zur praktischen Umsetzung bei der Bearbeitung der Aufgaben



Internet: <http://www.School-Scout.de>
E-Mail: info@School-Scout.de

1. Aufgabenstellung:

1. Ordnen Sie die vorliegende Quelle in den Zeit- und Problemkontext ein.
2. Bestimmen Sie den Vorabquellenwert.
3. Gliedern Sie den Inhalt der Quelle und erläutern Sie diesen.
4. Arbeiten Sie zusammenfassend die Intention des Materials heraus. Beziehen Sie dabei die verwendeten sprachlichen Mittel Wilhelms II ein.

2. MATERIAL**Kaiser-Interview des Obersten Stewart Wortley im *Daily Telegraph*, 28. Oktober 1908**

Wie gesagt, S. M. beehrte mich mit einer langen Unterhaltung und sprach mit impulsivem und ungewöhnlichem Freimut. "Ihr Engländer", sagte er, "seid toll, toll, toll wie Märzhasen. Was ist eigentlich über euch gekommen, daß ihr euch einem Argwohn überlassen habt, der einer großen Nation nicht würdig ist? Was kann ich mehr tun, als ich schon getan habe? Ich habe mit altem Nachdruck in meiner Guildhall-Rede¹ erklärt, daß mein Herz auf den Frieden gerichtet ist und daß es einer meiner heißesten Wünsche ist, in bestem Einvernehmen mit England zu leben. Habe ich je mein Wort gebrochen? Falschheit und Ränke sind meinem Wesen fremd. Meine Taten sollten für sich sprechen, aber Ihr hört nicht auf sie, sondern auf die, die sie mißverstehen und verdrehen. Das ist eine persönliche Kränkung, die ich als solche empfinde und die mir nachgeht." [...]

Darauf wagte ich S. M. daran zu erinnern, daß England nicht allein, sondern ganz Europa kürzlich das Verhalten Deutschlands mißbilligte, indem es dem deutschen Konsul gestattete, von Tanger nach Fes zurückzukehren und dem gemeinschaftlichen Schritt Frankreichs und Spaniens zuvorkam, indem es den Mächten einredete, daß die Zeit gekommen sei, Muley Hafid als neuen Sultan von Marokko anzuerkennen. [...]

„Wenn die deutsche Regierung den Dr. Vassel auf seinen Posten in Fes zurücksandte, war für sie nur der Wunsch maßgebend, daß er sich um die Privatinteressen deutscher Untertanen in dieser Stadt kümmern solle, die um Schutz und Hilfe nach der langen Abwesenheit eines konsularischen Vertreters riefen. Und warum nicht? Sind sich diejenigen, welche Deutschland beschuldigen, daß es einem Schritt der andern Mächte zuvorgekommen sei, bewußt, daß der französische Konsulvertreter bereits mehrere Monate in Fes gewesen ist, als Dr. Vassel dahin abreiste? Dann, zur Frage der Anerkennung Muley Hafids. Die europäische Presse hat mit großer Schärfe sich beklagt, daß Deutschland die Anerkennung solange hätte nicht betreiben sollen, bis er Europa seine volle Anerkennung der Akte von Algeciras notifiziert hätte, daß sie für ihn als Sultan von Marokko und als Nachfolger seines Bruders verbindlich sei. Meine Antwort darauf ist, daß Muley Hafid die Mächte von dieser Tatsache verständigt hatte, Wochen bevor die entscheidende Schlacht geschlagen war. Er sandte vor der Mitte des letzten Juli eine übereinstimmende Note an die Regierungen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er bereit sei, alle Verpflichtungen gegen Europa anzuerkennen, wie sie Abdul Asis während seines Sultanats auf sich genommen hatte. Die deutsche Regierung faßte diese Erklärung als eine endgültige und autoritative Erklärung der Absichten Muley Hafids auf und deswegen meinte sie, daß kein Grund vorliege, eine zweite Erklärung abzuwarten, ehe man ihn als tatsächlichen Sultan

¹ Freundschaftliche Trinksprüche zwischen dem Lordmayor und dem Kaiser in der Guildhall in London am 13. November 1907. [Fußnote des Originaltextes, Anm. d. Autors]

von Marokko anerkenne, da er seinem Bruder nach dem Rechte des Siegers im Felde auf dem Thron gefolgt ist." [...]

35 „Es wird gemeinhin in England geglaubt, daß Deutschland während des Südafrikanischen Krieges
England feindlich gesinnt war. Deutschlands öffentliche Meinung war zweifellos feindlich, bitter
feindlich. Die Presse war feindlich, die private Meinung war feindlich, aber Deutschland? wie ist es
40 mit dem offiziellen Deutschland? Lassen Sie meine Kritiker sich fragen, was den plötzlichen
Stillstand und vollständigen Zusammenbruch der Burendelegation in Europa brachte, welche kam,
um eine Intervention Europas zu erreichen? Sie wurde in Holland gefeiert, Frankreich bereitete ihr
ein begeistertes Willkommen. Sie wollte nach Berlin kommen, wo das deutsche Volk sie mit
Blumen überschüttet haben würde. Sie bat mich, sie zu empfangen. Ich lehnte es ab. Die Agitation
starb mit einemmale ab, die Gesandtschaft kehrte mit leeren Händen zurück. War dieses, frage ich,
die Handlung eines heimlichen Feindes?“ [...]

45 „Aber damit nicht genug. Gerade in der Zeit ihrer "Schwarzen Woche", im Dezember 1899, als ein
Unglücksfall dem andern in rasendem Lauf folgte erhielt ich einen Brief der Königin Viktoria,
meiner verehrten Großmutter, in Angst und Aufregung geschrieben und deutliche Spuren der Angst
zeigend, welche auf ihr Gemüt und ihre Gesundheit drückte. Ich schickte sogleich eine mitfühlende
Antwort. Aber ich tat mehr. Ich ließ mir von einem meiner Offiziere einen möglichst genauen
50 Bericht über die Zahl der Kämpfer auf beiden Seiten in Südafrika und über die gegenwärtige
Stellung der einander gegenüberliegenden Streitkräfte geben. Mit den Zeichnungen vor mir,
arbeitete ich den mir unter diesen Umständen am besten scheinenden Feldzugsplan aus und
übermittelte ihn meinem Generalstab zu seiner Begutachtung. Dann schickte ich ihn eiligst nach
England und auch dieses Papier wartet unter den Staatspapieren in Windsor Castle des ernsthaften
55 und unparteiischen Urteils der Geschichte. Als merkwürdiges Zusammentreffen lassen Sie mich
hinzufügen, daß der von mir aufgestellte Plan demjenigen sehr nahe kam, welcher wirklich von
Lord Roberts angenommen und von ihm erfolgreich durchgeführt wurde.“ [...]

Aber, werden Sie sagen, wie ist es mit der deutschen Flotte? Sicherlich ist sie eine Bedrohung für
England! Gegen wen außer England richtet sie sich? Wenn die Deutschen nicht England im Sinn
60 haben, wenn sie eine mächtige Flotte schaffen, wozu würde dann Deutschland um Zustimmung
ersucht zu so neuen und schweren Steuerlasten? Meine Antwort ist klar: Deutschland ist ein junges
und wachsendes Reich. Es hat einen weltweiten, sich rasch ausbreitenden Welthandel. Ein
berechtigter Ehrgeiz verbietet es allen vaterländisch denkenden Deutschen, diesem irgendwelche
Grenzen zu setzen. Deutschland muß eine machtvolle Flotte haben, um seinen Handel und seine
65 mannigfachen Interessen auch in den fernsten Meeren zu beschützen. Es erwartet, daß diese
Interessen wachsen, und es muß fähig sein, sie machtvoll in jedem Viertel des Erdballs zu schützen.
Deutschland blickt vorwärts, sein Horizont erstreckt sich weit, es muß gerüstet sein für alle
Möglichkeiten im fernen Osten. Wer kann im voraus wissen, was sich in kommenden Tagen im
Stillen Ozean ereignen mag, Tagen, nicht so fern, als man glaubt, aber Tagen, in jedem Falle, für
70 die alle europäischen Mächte mit fernöstlichen Interessen sich mit Festigkeit vorbereiten sollten.
Siehe den vollendeten Aufstieg Japans. Denken Sie an das mögliche nationale Erwachen von China
und dann urteilen Sie über die weiteren Probleme des Stillen Ozeans. Nur auf die Stimme von
Mächten mit starken Flotten wird mit Achtung gehört werden, wenn die Frage der Zukunft des
Stillen Ozeans zu lösen sein wird. Und schon aus diesem Grunde muß Deutschland eine starke
75 Flotte haben. Es mag sogar sein, daß selbst England einmal froh sein wird, daß Deutschland eine
Flotte hat, wenn sie beide zusammen gemeinsam auf derselben Seite in den großen Debatten der
Zukunft ihre Stimmen erheben werden."

Zitiert nach: Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, Bd. II., Hrsg. v. Frank von Stockhammern, Berlin 1930, S. 352f..



Titel: Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont
Die Julikrise 1914

Bestellnummer: 51278

Kurzvorstellung:

- Diese Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt das Thema der Julikrise 1914, die zum Auslöser des Ersten Weltkriegs wurde. Die behandelte Quelle, ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs vom 2. Juli 1914, erfordert einen strukturierten Überblick über die Ursachen der Krisensituation, die Einordnung in den historischen Kontext und die Positionierung des Autors der Quelle.
- Musterlösung und Erwartungshorizont geben eine Übersicht über die wichtigsten Lösungsansätze und erleichtern die Notengebung für den Lehrer.
- Die Klausur ist für die Jahrgangsstufe 12 konzipiert. Die enthaltenen Quellen können aber auch separat eingesetzt werden. Die ausführlichen Lösungshinweise sind dabei eine gute Hilfe.

Inhaltsübersicht:

- 1. Aufgabenstellung
- 2. Material
- 3. Musterlösungen mit Erwartungshorizont
- 4. Tabellarischer Erwartungshorizont mit Bewertungen

1. AUFGABENSTELLUNG:

1. Stellen Sie in einem gegliederten, historischen Überblick dar, wie es zur so genannten Juli-Krise 1914 kommen konnte.
2. Analysieren und interpretieren Sie die Quelle, indem Sie die Überlegungen des Kaisers Franz Joseph zusammenfassen und mit der tatsächlichen Entwicklung auf dem Balkan und in Europa vergleichen.
3. Beurteilen Sie abschließend – vor dem Hintergrund Ihrer Sachkenntnis – die Position des österreichischen Kaisers.

2. MATERIAL:

Aus einem Handschreiben Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm II. vom 2. Juli 1914

- [...] Das gegen meinen Neffen verübte Attentat ist die direkte Folge der von den russischen und serbischen Panslawisten¹ betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung meines Reiches ist. Nach allen bisherigen Erhebungen hat es sich in Sarajewo nicht um die Bluttat eines Einzelnen, sondern um ein wohl organisiertes Komplott gehandelt, dessen
- 5 Fäden nach Belgrad reichen und, wenn es auch vermutlich unmöglich sein wird, die Komplizität² der serbischen Regierung nachzuweisen, so kann man wohl nicht im Zweifel darüber sein, dass ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördert, und dass die Andauer dieses Zustandes eine dauernde Gefahr für mein Haus und für meine Länder bildet.
- 10 Diese Gefahr wird noch dadurch erhöht, dass auch Rumänien trotz des bestehenden Bündnisses mit uns sich mit Serbien eng befreundet hat und auch im eigenen Land eine ebenso gehässige Agitation gegen uns duldet, wie Serbien es tut. [...] Das Bestreben meiner Regierung muss in Zukunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege wäre in einer
- 15 Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung zu suchen, damit Bulgarien, dessen reelle Interessen mit den unsrigen übereinstimmen, vor der Rückkehr zur Russophilie³ bewahrt bleibt. Wenn man in Bukarest erkennt, dass der Dreibund entschlossen ist, auf einen Anschluss Bulgariens nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so wird man dort vielleicht von der gefährlichen
- 20 Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Russland getrieben worden ist. Wenn dies gelingt, könnte der weitere Versuch gemacht werden, Griechenland mit Bulgarien und der Türkei zu versöhnen; es würde sich dann unter der Patronanz⁴ des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Ziel darin bestehen würde, dem Vordringen der panslawistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und unseren Ländern den Frieden zu sichern.
- 25 Dieses aber wird nur dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panslawistischen Politik bildet, als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird. Auch Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehen in Bosnien die Überzeugung haben, dass an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und dass die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd
- 30 von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.

Aus: Johannes Hohlfeld: Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, II, Nr.118, Berlin 1951, S.276ff.

¹ Der Panslawismus entstand im 19. Jahrhundert und setzte die politische Einheit und Souveränität mit der kulturellen Homogenität gleich.

² Gemeint ist hier: die Komplizenschaft

³ übertriebene, krankhafte Zuneigung bzw. Freundschaft zu Russland

⁴ von „Patronat“ (lateinisch), Schutzherrschaft

3. MUSTERLÖSUNG:

Zu Aufgabe 1:

Stellen Sie in einem gegliederten, historischen Überblick dar, wie es zur so genannten Juli-Krise 1914 kommen konnte!

Zunächst sollte bei dieser Aufgabenstellung auf die defensive Außenpolitik des Deutschen Reiches unter Bismarck hingewiesen werden. Bündniskonstellationen sowie deren Auflösung unter Kaiser Wilhelm II. und dessen neuer außenpolitischer Kurs sollten ebenfalls genannt werden.

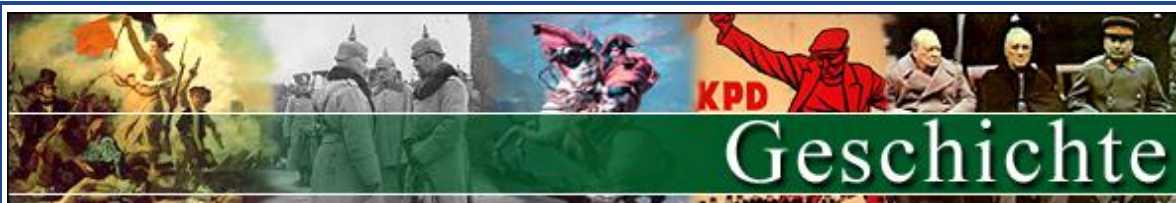
- Bismarcks Außenpolitik (1871-1890): defensiv, Mittlerrolle, Gleichgewicht
- Bündnisse: 1873 Dreikaiserbündnis, 1879 Zweibund, 1882 Dreibund, 1887 Rückversicherungsvertrag
- „Neuer Kurs“ unter Wilhelm II: offensives Weltmachtstreben, Kolonialpolitik, Aufteilung der Welt, Ausbau der Flotte
- Bündnisse: Zweibund; Dreibundauflösung/1902 Neutralitätsabkommen; 1904 Entente cordiale; 1907 Triple Entente
- angestrebtes Bündnis mit England gegen Frankreich und Russland (Isolation Frankreichs)
- fehlende Verlängerung Rückversicherung = Annäherung Russland und Frankreich
- 1908 Annexion Bosnien-Herzegowina durch Österreich-Ungarn
- Russlands Hegemoniestreben auf dem Balkan (ggf. Panlawismus)
- Kettenreaktion aufgrund der Bündnisse durch Kriegserklärung am 28. Juli 1914

Zu Aufgabe 2:

Analysieren und interpretieren Sie die Quelle, indem Sie die Überlegungen des Kaisers Franz Joseph zusammenfassen und mit der tatsächlichen Entwicklung auf dem Balkan und in Europa vergleichen.

1. *Die Quellenanalyse beginnt mit einer kurzen Beschreibung des Inhalts und des im Material erkennbaren Gedankenganges. Wichtig ist es hierbei, noch nicht die Aussagen der Quelle zu deuten, sondern lediglich zu beschreiben. Von zentraler Bedeutung ist, dass Kaiser Franz Joseph eine Versöhnung mit Serbien nicht mehr für möglich hält und selbiges als Machtfaktor auf dem Balkan ausschalten will.*

- Intention der Handschrift, die deutsche Seite von der Notwendigkeit von Strafmaßnahmen gegen Serbien zu überzeugen und sich im Kriegsfall deren Unterstützung zu sichern
- das Attentat von Sarajewo eine Folge russischer und serbischer Agitation
- die Drahtzieher des Anschlages werden in der serbischen Regierung in Belgrad vermutet
- die Gefahr für die Donaumonarchie erhöht sich, wenn es Serbien gelingt, Rumänien und Bulgarien auf seine Seite zu ziehen



Titel: Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont
**Österreichisches Ultimatum an Serbien
(23. Juli 1914)**

Bestellnummer: 44082

- Kurzvorstellung:**
- Diese Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt das österreichische Ultimatum an Serbien nach der Ermordung des österreichischen Erzherzogs Johann in Sarajewo. Es handelt sich dabei um ein Schlüsseldokument in der unmittelbaren Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs.
 - Musterlösung und Erwartungshorizont geben eine Übersicht über die wichtigsten Lösungsansätze und erleichtern die Notengebung für den Lehrer.
 - Die Klausur ist für die Oberstufe konzipiert. Die enthaltenen Quellen können aber auch separat eingesetzt werden. Die ausführlichen Lösungshinweise sind dabei eine gute Hilfe.

- Inhaltsübersicht:**
- Quelle: Österreichisch-ungarische Monarchie stellt Serbien ein Ultimatum
 - Aufgabenstellung
 - Theoretische Grundlagen zusammen mit Ratschlägen zur praktischen Umsetzung bei der Bearbeitung der Aufgaben
 - Formular zum Erwartungshorizont für eine erleichterte Notengebung

1. AUFGABENSTELLUNG:

1. Ordnen Sie die vorliegende Quelle in den Zeit- und Problemkontext ein.
2. Bestimmen Sie den Vorabquellenwert.
3. Gliedern Sie den Inhalt der Quelle und erläutern Sie diesen.
4. Arbeiten Sie zusammenfassend die Intention des Materials heraus. Inwiefern kann Österreich-Ungarn eine Mitschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs zugesprochen werden?

2. MATERIAL

Quelle: Österreichisch-ungarische Monarchie stellt Serbien ein Ultimatum

Nahezu einen Monat nach dem Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gattin in Sarajewo übergab der k.-k. Botschafter in Belgrad der serbischen Regierung folgendes schriftliche Ultimatum;

5 „[...] Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentates vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der „Narodna Odbrana“ angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde. Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die 10 Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine ständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden. Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich *die* k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt *die* Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich 15 verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken. Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird *die* k. serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./ 13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

20 ‚Die k. serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren letztes Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen. Die k. serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die k. Regierung durch ihre 25 Erklärung vom 31. März 1909 feierliehst verpflichtet hatte. Die k. Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer für eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere, Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger 30 Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird‘

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der k. Armee durch einen Tagesbefehl Sr. M. des Königs gebracht und in dem offiziellen Organe der Armee veröffentlicht werden.

Die k. serbische Regierung verpflichtet sich überdies:

- 35 1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt, und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;
2. sofort mit der Auflösung des Vereines »Narodna Odbrana« vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu beschlagnahmen und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-40 Ungarn beschäftigen; die k. Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit *die* aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen;
3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die 45 Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren;
4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im all- . gemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn *schuldig* sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der k. Regierung bekanntzugeben sich die k. und k. Regierung vorbehält;
- 50 5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen *die* territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken;
6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, *die* sich auf serbischem Territorium befinden; von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen;
- 55 7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voijs Tankositsch und eines gewissen Milan Ciganovitsch, serbische Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind;
8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern; jene Organe des 60 Grenzdienstes von Schabatz und Losnitza, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen;
9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und im Auslande, die, ihrer offiziellen 65 Stellung ungeachtet, nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen;
10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

70 Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der k. Regierung spätestens bis Samstag, den 25. d.M., um 6 Uhr nachmittag.

Ein Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajevo, soweit sie sich auf die im Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.“ [...]

Zitiert nach: Bözl, Entstehung 1. Weltkrieg (1978), S. 369 ff



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausuren zum Deutschen Kaiserreich im preisgünstigen
Paket*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

